

p.B.58.2. - BJN/hs
Argentine

5. April 1976

L A G E K O N F E R E N Z

DER STAATSSTREICH IN ARGENTINIEN

- 1) Am Mittwoch, den 24. März 1976 übernahm eine Militärjunta, bestehend aus den Oberbefehlshabern der drei Heeresteile, die Macht in Argentinien. Der seit langem erwartete Staatsstreich verlief nach bewährtem Muster und stiess nirgends auf nennenswerten Widerstand. Heute, nach zwei Wochen, scheinen die neuen Regenten fest im Sattel zu sitzen.

Beim argentinischen Putsch fallen zwei Dinge in die Augen:

- a) Obwohl die geplante Machtübernahme durch die Militärs Tage zum voraus bekannt war, wurden keine Versuche unternommen, sie zu verhindern.
- b) Bemerkenswert ist auch der unmartialische, pragmatische Stil, in welchem das peronistische Regime beseitigt wurde.

ad a: Der Fatalismus, mit dem die Argentinier die gewaltsame Aenderung aufnahmen zeigt die völlige Hoffnungslosigkeit aller Kreise, im Rahmen der geltenden Verfassung einen Ausweg aus dem Chaos der Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftskrise zu finden. Der Verlauf der Vorgeschichte lässt vermuten, dass die Militärs bewusst so lange zuwarteten, damit die Unfähigkeit Frau Perons und die Substanzlosigkeit des ganzen Peronismus überall offensichtlich werde. Der Justizialis-

mus sollte sich für ein- und allemal selbst zerstören. Widerstand gegen das neue Regime gab es denn bisher höchstens sporadisch und er kam, soweit man sieht, von linken Splittergruppen. Der Generalstreik, den die peronistischen Gewerkschaften anfänglich ausgerufen hatten, blieb aus.

ad b: Das gut dosierte Vorgehen der Militärs kann auch einige Aufschlüsse über den Charakter der Junta geben. Militärische Machtentfaltung wurde, wo immer möglich, unterlassen. Nach wenigen Tagen nahm das öffentliche Leben seinen normalen Fortgang. Panzer und Truppen verschwanden aus den Städten und wo Ordnungskräfte notwendig sind, begegnen sie der Bevölkerung mit ungewohnter Höflichkeit.

Offensichtlich ist die Junta bestrebt, dem Volk unter anderem auch auf diese Weise zu zeigen, dass sich in Argentinien kein zweites "Chile" anbahnt.

In die selbe Richtung zielten die in erster Stunde abgegebenen Erklärungen, der Staatsstreich sei gegen keine politische oder gesellschaftliche Schicht gerichtet, die bestehenden Gesetze würden eingehalten, die Menschenrechte respektiert und die Junta wolle nur eine beschränkte Zeit an der Macht bleiben, um die Rückkehr zu einer echten Demokratie vorzubereiten.

- 2) Hinter den Kulissen geht jedoch die Entmachtung des Peronismus weiter. Nachdem die bestehenden staatsrechtlichen Strukturen beseitigt, die Verbände und die Schlüsselwirtschaft unter militärische Kontrolle gestellt wurden, säubert man die Verwaltung. Hunderte von Beamten wurden entlassen.

Die Verhaftungen, auch höchster Machttträger, dauern an. Nach nichtamtlichen Angaben wurden bisher 4000 Personen festgenommen, welche wegen Machtmissbrauchs, Korruption oder Subversion vor Gericht gestellt werden sollen. Nach neu erlassenen Dekreten kann in besonderen Fällen sogar die Todesstrafe ausgesprochen werden.

Das entstandene Machtvakuum können allein die Streitkräfte ausfüllen, denn zur Zeit des Peronismus verschwanden alle ernstzunehmenden, artikulations- und handlungsfähigen Parteien. Die Armee besitzt nicht nur die oberste Staatsmacht in Form der dreiköpfigen Junta, sie ist auch durch acht Offiziere im zehnköpfigen Kabinett vertreten. Dieses selbst steht unter der ausschliesslichen Kontrolle der Junta. Der neue Machtapparat ist personell kompakt verklammert, indem der neue Staatschef, General Videla, gleichzeitig Oberkommandierender des Heeres und Mitglied der Junta bleibt.

- 3) Eine schlüssige Antwort auf die Frage nach dem Charakter des neuen Regimes kann nach so kurzer Zeit noch niemand geben. Einige Hinweise müssen genügen:

Neben dem bereits erwähnten beinahe "zivilen" Charakter des "golpe" sei hervorgehoben, dass sich die Streitkräfte während Frau Perons Amtszeit strikt an ihren verfassungsmässigen, unpolitischen Auftrag hielten. Wenn auch General Videla der Ruf eines starken Mannes vorausgeht, so liegen doch keine Anhaltspunkte vor, die seine Aktion auf Machthunger zurückführen liessen. Sonst ist über den politischen Standort der höchsten Spitze der Streitkräfte wenig bekannt.

Der Mittelbau der Offiziere, der für die weitere Ausgestaltung des Regimes nicht bedeutungslos sein dürfte, scheint ziemlich uneinheitlich, ja gegensätzlich. Von Traditionalisten über Peronisten bis zu angeblichen Sympathisanten der Terroristengruppen soll hier alles vertreten sein. Aber ein gemeinsamer Nenner ist all diesen verschiedenen Richtungen gemeinsam: der im argentinischen Offizierskorps besonders ausgeprägte Nationalismus.

Auch die verschiedenen Verlautbarungen der Junta lassen gewisse Rückschlüsse auf ihre Ziele und ihren politischen Charakter zu:

Die Legitimität ihres Eingreifens beziehen die Militärs aus dem völligen Verfall der Staatsautorität, der Wirtschaft und der Moral. Ihr Ziel ist es deshalb, in all diesen Bereichen eine neue Ordnung zu schaffen. Aber es ist von Reorganisation und nicht von Revolution die Rede. Man spricht nicht von politischer Ideologie, sondern von christlicher Moral. Ausdrücklich hat sich die Junta zur Beibehaltung der republikanisch-parlamentarischen und föderalistischen Staatsform bekannt.

Kernstück der Neuorientierung wird die Wirtschaftspolitik sein müssen, und die Verlautbarungen, wie auch die praktischen Massnahmen zeigen, dass die Junta diesem Bereich die erste Priorität einräumen will. Die Person des Wirtschaftsdelegierten, wie auch die Zusammensetzung seines zehnköpfigen Stabes, darunter der Nachfahre einer Schweizer Familie Juan Ernesto Alemann, lassen vermuten, dass die neue Wirtschaftsordnung wieder vermehrt marktwirtschaftlich-liberales Gepräge tragen wird. Erste Aeusserungen

lassen vermuten, die Junta wolle sich vor allem auf privates Kapital - natürlich auch ausländisches - stützen. Nur jene Bereiche sollen staatlich kontrolliert werden, welche für die Sicherheit und die nationale Entwicklung Argentiniens wichtig sind. Nur dort soll der ausländische Kapitalfluss eingeschränkt werden, wo die nationale Souveränität tangiert werden könnte. Von besonderer Bedeutung ist die Wiedergewinnung der internationalen Zahlungsfähigkeit. Aus diesem Grund wird eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem internationalen Währungsfonds angestrebt. Man beabsichtigt, bei diesem Institut in den nächsten Wochen einen Antrag auf einen stand-by Kredit zu stellen.

Die Aussenpolitik dürfte kaum grundsätzlich ändern. Die Junta hat sich deutlich zu den eingegangenen internationalen Verpflichtungen bekannt. In seiner ersten Radioansprache erklärte Präsident Videla, die Militärregierung werde die Souveränität des Landes verteidigen und sich denjenigen Nationen zurechnen, die die Freiheit und Erfüllung der Menschenrechte realisierten. Man darf annehmen, Videla habe mit dieser Formulierung die Zugehörigkeit Argentiniens zum westlichen Lager umschreiben wollen. - In der Zwischenzeit haben eine grössere Anzahl Staaten, darunter auch Brasilien, die USA und Grossbritannien, die Militärregierung formell anerkannt.

- 4) Die Schweiz wird durch den argentinischen Staatsstreich vor keine unmittelbare Entscheidung gestellt und unsere Aussenpolitik, insbesondere unsere Sicherheitspolitik, wird durch dieses Ereignis auch kaum direkt beeinflusst.

Dagegen wäre es interessant zu hören, welche Folgen der Umsturz für die schweizerischen Investitionen in Argentinien und dem schweizerischen Aussenhandel mit diesem Land zur Folge hat.